

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN • ODEONSTR. 4 • 30159 HANNOVER

ARBEITSKREIS VORRATSDATENSPEICHERUNG  
C/O MICHAEL EBELING  
KOCHSTR. 6  
30451 HANNOVER

PER E-MAIL: OG-HANNOVER@VORRATSDATENSPEICHERUNG

#### LANDESVORSTAND NIEDERSACHSEN

Anja Piel  
Jan Haude  
Landesvorsitzende

Odeonstr. 4  
30159 Hannover  
Telefon: 05 11 – 12 60 85 0  
Telefax: 05 11 – 12 60 85 85

E-Mail: landesverband@gruene-niedersachsen.de  
Internet: www.gruene-niedersachsen.de

Gern nehmen wir GRÜNE Stellung zu den von Ihnen übersandten Wahlprüfsteinen:

1.)

Kompromisslose Absage an jegliche anlasslose Vorratsdatenspeicherung inklusive jeder Form von IP- Adressen-Vorratsdatenspeicherung.

Stellungnahme:

**Wir setzen uns auf Europa- und Bundesebene in Bundestag und Bundesrat gegen jede Form von Eingriffen in die Grundrechte durch Vorratsdatenspeicherung ein.**

2.)

Abschalten aller polizeilichen Videoüberwachungsanlagen, die der "offenen" Überwachung des öffentlichen Raumes dienen.

Stellungnahme:

**Die permanente Videoüberwachung zu jeder Tages- und Nachtzeit des öffentlichen Raums lehnen wir ab und wollen sie auf ein Mindestmaß einschränken.**

3)

Einführung eines Katasters aller Videoüberwachungsanlagen samt Sanktionen bei Nichteinhaltung einer dazugehörigen Meldepflicht.

Stellungnahme:

**Ein öffentlich einsehbares "Anlagenkataster" mit Angaben zum Standort, Anlass, Zweck und Anzahl der Videoüberwachungsanlagen ist notwendig.**

4)

Abschaffung des Vermummungsverbots als Straftatbestand.

Stellungnahme:

**In unserem Entwurf für ein Versammlungsfreiheitsgesetz haben wir den Verstoß gegen das Vermummungsverbot bewusst nur als Ordnungswidrigkeit vorgesehen.**

5.)

Einführung einer Pflicht zur pseudonymen, die Anonymität der Polizisten und Polizistinnen schützenden Kennzeichnung.

Stellungnahme:

**Die Grünen fordern schon seit vielen Jahren und aktuell in unserem Antrag zur Änderung des Nds. Polizeigesetzes, die Kennzeichnung von PolizistInnen.**

6.)

Abschaffung aller Bundes- und Ländergeheimdienste (BND, MAD, Verfassungsschutzmänner).

Stellungnahme:

**Die Grünen in Niedersachsen haben im Oktober die Forderung nach Auflösung des Landesverfassungsschutzes beschlossen.**

7)

Grundsätzliches Verbot von Anschaffung und Einsatz von Polizeidrohnen.

Stellungnahme:

**Öffentliche und private Überwachungsdrohnen werden von den Grünen wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte prinzipiell abgelehnt.**

8)

Nichtnutzung von und Nichtkooperation der Systeme von "Sonderdateien" (z.B. "Gewalttäter Sport", "Sonderdatei rechte Gewalttäter" und "Sonderdatei linke Gewalttäter") und anderen zentralen Datenzusammenführungen, die das Trennungsgebot aufweichen (z.B. GTAZ, GASIM, GIZ, NCAZ, GAR).

Stellungnahme:

**Nichtpräventiv, nur bei dringendem Tatverdacht und ohne direkte Rechtsfolge halten wir einzelne Dateien mit beschränkter Zugriffsmöglichkeit für unverzichtbar.**

Erläuterung:

Grüne haben sich immer für eine enge Begrenzung von Dateien unter Sicherstellung des Datenschutzes eingesetzt. Es gilt für uns: Menschen müssen wissen, was, warum, wieso und wie lange etwas über sie gespeichert wird und an wen die Daten weitergegeben werden. Insbesondere eine Verbunddatei darf daher nur eingerichtet werden bei zwingender Notwendigkeit, mit strenger Eingrenzung des Personenkreises, insbesondere von Kontakt- und Bezugspersonen, nach Überprüfung der Effizienz bei der Bekämpfung von grundrechtlich geschützten Rechtsgütern und unter Berücksichtigung des verfassungsrechtlichen Gebots der Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten, ohne wechselseitigen Online-Zugriff auf den Datenbestand. Auch die angekündigte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das Gesetz zu den Anti-Terrordateien muss bei verfassungswidrigem Informationsbestands künftig Berücksichtigung finden.

9)

Allgemeines Verbot des Einsatzes von "Staatstrojanern" und anderen Mitteln, die den behördlichen Zugriff auf Privatrechnern ermöglichen.

Stellungnahme:

**Onlineüberwachung und unkontrollierte Spionage-Software lehnen wir grundsätzlich ab.**

10)

Grundsätzliche Öffnung aller Landtagsausschuss-Sitzungen für interessierte Menschen außer in einzelnen Ausnahmefällen.

Stellungnahme:

**Aus Transparenzgründen halten wir öffentliche Ausschusssitzungen im Landtag für notwendig.**

11.)

Einführung eines bürgerfreundlichen Informationsfreiheitsgesetzes für Niedersachsen.

Stellungnahme:

**Unbedingt: Unser Gesetzentwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz in Niedersachsen wurde 2010 von CDU/FDP abgelehnt.**

12.)

Verbot der Präsenz von durch Steuergeldern finanzierte Stellen und Behörden in kommerziell ausgerichteten „sozialen Netzwerken“ wie z.B. Facebook, Google+ und Twitter.

Stellungnahme:

**Die Grünen sind für die Nutzung von sozialen Netzwerken, wobei ein umfassender Schutz von personenbezogenen Daten gewährleistet sein muss.**